

Proteste bei Couchepin-Besuch

Bauern und SDF-Angestellte protestieren in Gossau – Couchepin zeigt Verständnis

GOSSAU: Bei einem Besuch in der Ostschweiz ist Wirtschaftsminister Pascal Couchepin von demonstrierenden Bauern und SDF-Angestellten erwartet worden. Sie verlangten ein Eingreifen der Politik angesichts der Milchmarktkrise und dem Verlust von Arbeitsplätzen. Laut Couchepin ist der Bund aber nicht zuständig.

Couchepin erklärte nach seinem Treffen mit dem St. Galler Volkswirtschaftsminister Josef Keller, dass er die wirtschaftlichen Probleme in der Ostschweiz sehr ernst nehme. Er habe Verständnis für die Empörung der Bauern und Angestellten über die Misswirtschaft der Manager von Swiss Dairy Food (SDF). Es sei jedoch weder Aufgabe des Bundes, die Kündigung des Gesamtarbeitsvertrags rückgängig zu machen, noch den Sozialplan wieder in Kraft zu setzen, sagte er in Anspielung auf die gewerkschaftlichen Forderungen. Man bemühe sich jedoch um den Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze. Couchepin versuchte zudem den Demonstrierenden zu erklären, dass sich ihre Situation mit dem neuen Arbeitslosenversicherungsgesetz verbessern liesse, über das am 24. November abgestimmt wird. Als Couchepin aus dem Rathaus trat, überreichten ihm Gewerkschaftsvertreter unter den Pfiffen der rund 300 Demonstranten einen Kaktus. Der Sekretär der Gewerkschaft VHTL, Alois Düring, bezeichnete das Vorgehen der



Bundesrat Couchepin wurde in Gossau von protestierenden Bauern und SDF-Angestellten empfangen.

SDF als menschenverachtend. Couchepin solle dafür sorgen, dass die Kündigungsfristen eingehalten und die Löhne bezahlt würden. Bauernvertreter übergaben Couchepin einen Brief, in dem sie ihre Forderungen darlegten. Der Präsident der Neuen Bauernkoordination Schweiz, Hans Stalder, äusserte Kritik an der Landwirtschaftspolitik Couchepins und gab ihm die Schuld für die Krise in der

Milchwirtschaft. Zudem hätten die Bauern das versprochene Milchgeld für die Ausfälle in den Monaten August und September noch nicht erhalten, sagte Stalder. Inzwischen haben die Ostschweizer Milchverbände zur Selbsthilfe gegriffen. Am Donnerstagabend haben sich sechs Thurgauer und Zürcher Milchverbände zur besseren Vermarktung ihrer Milch zusammengeschlossen. Der neue Dachverband

Nordostmilch soll den rund 500 Milchbauern der Region nach der am Donnerstag beschlossenen Schliessung der SDF-Milchabfüllanlage in Gossau die Abnahme der Milch garantieren. Der neue Interimspräsident, Peter Eichenberger, bestätigte entsprechende Medienberichte. Auch in der Region des Kantons St. Gallen und der beiden Appenzell ist ein Zusammenschluss von diversen Milchverbänden im Gang.

NAW wird definitiv geschlossen

ARBON: Der Betrieb der NAW Nutzfahrzeug AG in Arbon (TG) wird definitiv geschlossen. Dies hat der Verwaltungsrat nach Ablauf des Konsultationsverfahrens mit den Sozialpartnern entschieden. Die Gewerkschaften kritisierten, ihre Vorschläge seien zu wenig geprüft worden. Sie wollen weiter für den Erhalt des Werkes kämpfen.

Der Verwaltungsrat teilte am Freitag mit, dass sich aus den von den Gewerkschaften und den NAW-Arbeitnehmervertretungen ausgearbeiteten Vorschlägen keine Perspektive für eine Weiterführung des Gesamtunternehmens ergäbe. Es werde deshalb allen 250 Angestellten per Ende Oktober gekündigt.

Zwei Teile des Unternehmens sollen allerdings weitergeführt werden. Dies betreffe einerseits das Engineering, andererseits die eigenständigen Produktbereiche. Als Beispiel nannte der Verwaltungsrat den serienmässigen Umbau von Standard-Personenwagen zur behindertengerechten Nutzung. Die Weiterführung der beiden Bereiche werde von einer Arbeitsgruppe, der auch NAW-Mitarbeiter angehören, geprüft und konkretisiert. Die Chancen für einen erfolgreichen Neustart mit rund 70 Mitarbeitern seien als intakt zu beurteilen.

Der Verwaltungsrat versicherte weiter, dass die restlichen Mitarbeiter so gut wie möglich unterstützt würden. Es seien bereits Erfolg versprechende Gespräche mit der lokalen Industrie geführt worden. Zudem stünde Geld für einen Sozialplan zur Verfügung.

Das Sparen beginnt bei der Buchung

Sparen überall – so kalkulieren die neuen Billigflieger am Himmel

HANNOVER: Für 19.99 Euro inklusive Gebühren und Steuern mit dem Flugzeug nach Neapel oder Pisa, London oder Paris. An diesem Sonntag startet mit Germanwings der erste deutsche Billigflieger von Köln/Bonn aus, auch nach Wien.

Kurze Zeit später geht Hapag-Lloyd Express an den Start. So mancher Fluggast fragt sich: «Wie kann sich das für die Unternehmen rechnen, wenn das Ticket für die Flugreise ins Ausland billiger ist als die Fahrt mit dem Taxi zum Flughafen?» Es kann doch nicht nur an den paar Getränken liegen, die es bei den so genannten No-Frills-Carriern (ohne Schnick-Schnack) an Bord nicht gibt? Stimmt. Die Gesellschaften sparen an allen Ecken und Enden. Die Kalkulation der neuen Billigflieger wie Germanwings oder Hapag-Lloyd-Express ist extrem

spitz. «Nehmen Sie mir nicht noch die letzten neun Cent», meint Hapag-Lloyd-Chef Wolfgang Kurth, als ein Journalist fälschlicherweise von Flugpreisen ab 19.90 Euro sprach. Im Spannungsfeld zwischen Konkurrenzkampf auf dem rasant wachsenden Billigflug-Markt und dem Druck, Gewinn zu machen, zählt jeder Cent. Das Sparen beginnt bei der Buchung. Die klassische Flugreise wird im Reisebüro gebucht. Aber das will schliesslich auch leben und bekommt von der Fluglinie für seine Arbeit eine entsprechende Provision. Bei den Billigheimern geht es nur übers Internet. Schon das Callcenter kostet mehr. Eine Ausnahme wird Hapag-Lloyd-Express sein. Dessen Preiswert-Flüge sind auch im Reisebüro buchbar, die Provision von 7.50 Euro zahlt aber der Fluggast. Die Maschinen steuern nicht die bequemen Gangways direkt am Flughafen-

gebäude an, sondern bleiben auf den billigeren Plätzen draussen am Rollfeld. Die Passagiere müssen dann zwar mit dem Bus ans Gebäude gefahren werden, können aber beide Ausstiege an den Maschinen nutzen.

Tempo entscheidend

Auch hier werden teure Minuten gespart. Hintergrund sind die Umläufe, die die Fluggesellschaften durch die Schnelligkeit gewinnen. Je öfter die Maschinen in der Luft sind, desto mehr Geld können sie verdienen. Jede Minute am Boden kostet Geld. Ein weiteres Stichwort ist die «Einkaufsmacht», die nicht nur beim Treibstoff genutzt wird. Wer mehr abnimmt, kommt bei den Stückkosten billiger weg. Das gilt auch bei den Flughafeneinrichtungen. Landet etwa eine Gesellschaft in Berlin-Tegel fünf Mal am Tag, werden dort die Einrichtungen besser

ausgelastet. Heruntergerechnet auf den einzelnen Fluggast bringt das eine spürbare Ersparnis. Hinzu kommt, dass nur ein kleiner Teil der Sitze je Flug für die mächtig beworbenen Niedrigpreise verkauft werden. Den Preisgruppen sind in jeder Maschine bestimmte Kontingente reserviert. Sind etwa die zehn Plätze für 19,99 Euro bei Hapag-Lloyd Express ausgebucht, wird es schnell teurer. «Mischkalkulation» heisst das Zauberwort. Denn durchschnittlich wollen die Unternehmen je Ticket um die 80 Euro einnehmen. Wie viel genau, soll Geschäftsgeheimnis bleiben. An Bord gibt es die Getränke nur noch gegen Bezahlung. «Das führt dazu, dass die Leute weniger trinken. Also müssen sie nicht so oft zur Toilette», sagt ein Kalkulierer. Das wiederum ermöglicht, dass die Maschinen nicht nach jeder Landung ihr Abwasser abpumpen müssen.

Schöne Bescherung

HAMBURG: Wegen der höheren Steuern und Abgaben wird das Weihnachtsfest in vielen deutschen Haushalten bescheidener ausfallen als früher: Fast jeder zweite Bundesbürger will an Weihnachtsgeschenken sparen, geht aus einer Enmid-Umfrage hervor. 47 Prozent der Westdeutschen wollen der im Auftrag der Zeitschrift «Bildwoche» durchgeführten Umfrage zufolge weniger Geld für die Bescherung ausgeben; in Ostdeutschland plant dies immerhin 35 Prozent. Urlaub und Freizeit stünden auf der Sparliste der Deutschen ebenfalls ganz oben, heisst es weiter. 59 Prozent der Befragten hätten angegeben, ihr Freizeitvergnügen zumindest finanziell künftig einzuschränken. Vor allem jüngere Leute unter 30 Jahren wollten weniger ins Restaurant oder ins Kino gehen. Am Urlaub wolle ebenfalls jeder zweite Deutsche sparen, und selbst beim Einkauf wollen 48 Prozent künftig jeden Euro zweimal umdrehen. Nur 15 Prozent der 1000 Befragten wollten laut Umfrage überhaupt nicht sparen.

PanAlpina Sicav

Alpina V

Preise vom 25. Oktober 2002

Kategorie A (thesaurierend)

Ausgabepreis: € 43.40

Rücknahmepreis: € 42.49

Kategorie B (ausschüttend)

Ausgabepreis: € 41.60

Rücknahmepreis: € 40.77

Zahlstelle in Liechtenstein:
Swissfirst Bank (Liechtenstein) AG
Austrasse 61, Postfach, FL-9490 Vaduz

LGT Precious Metal Fund

Anlagefonds für Edelmetallwerte
Ausgabepreis* USD 4.50
Rücknahmepreis USD 4.49
per 21.10.2002 *plus Kommission

Informationen Tel. +423/235 19 42 - Fax
+423/235 16 33 - Internet www.lgt.com

LGT Bank in Liechtenstein

Debatte um Stabilitätspakt

Bundesbank-Präsident Welteke warnt vor Aufweichung

BERLIN: Der deutsche Bundesbankpräsident Ernst Welteke hat nachdrücklich vor einer Aufweichung des Europäischen Stabilitätspaktes gewarnt. «Das Vertrauen in die Stabilität der gemeinsamen Währung darf nicht untergraben werden», warnte er am Freitag in Berlin.

Einige Länder hätten die wirtschaftlich besseren Zeiten nicht genutzt, ihre Finanzen auf eine tragfähige Basis zu stellen. Für solche Versäumnisse könne der Pakt aber nichts. «Eine flexible Interpretation der Regeln lehne ich daher ab», sagte der Bundesbankpräsident auf dem «Baugewerbetag». Wegen Überschreiten der Drei-Prozent-Grenze für das staatliche Defizit in diesem Jahr droht Deutschland ein EU-Verfahren. EU-Währungskommis-

sar Pedro Solbes hatte bei einem Treffen mit Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) mit Blick auf den im Koalitionsvertrag angekündigten Konsolidierungskurs aber deutlich gemacht, dass Berlin vermutlich nicht mit Strafen rechnen müsse. Nach den Spielregeln der EU könnten auf Deutschland in letzter Konsequenz Geldbussen bis zu 10 Milliarden Euro zukommen. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz bezweifelt, dass Deutschland um Strafe wegen zu hoher Staatsverschuldung herumkommen wird. Niemand ausser der Koalition selbst sehe in dem jetzt beschlossenen Koalitionsvertrag ein klares Signal für Konsolidierung und Wachstum, erklärte Merz in Berlin. Merz warf der Bundesregierung vor, sie habe mit

Forderungen nach einer grösseren Flexibilität und pragmatischen Anwendung zur Aufweichung des Stabilitätspaktes beigetragen. Für Ausnahmen von der Drei-Prozent-Defizitgrenze sprach sich Luxemburgs Regierungschef Jean-Claude Juncker aus. Der «Berliner Zeitung» sagte der Christdemokrat, vorübergehende Überschreitungen des europäischen Defizit-Limits müssten erlaubt sein, wenn alle Euro-Länder einverstanden seien. Dies gelte aber nur, wenn es «in einem Euro-Land eine Sondersituation gibt, bei der sich Einsparungen negativ auf die gesamte Euro-Zone auswirken würden». Zum deutschen Defizit sagte Juncker: «Wenn Deutschland jetzt im investiven Bereich massiv einsparen müsste, würde darunter die Wirtschaft des gesamten Euro-Raumes leiden.»

Keine Lohnerhöhung bei CSG

ZÜRICH: Bei der Credit Suisse Group (CSG) gibt es aufgrund der Ertrags- und Marktsituation vorerst nicht mehr Lohn. Allerdings kommt die vereinbarte Erhöhung des Ferienanspruchs ein Jahr früher. Der Bankpersonalverband ist enttäuscht. Es sei unerhört, dass die Kleinen die Zeche bezahlen. Bei der UBS wird noch verhandelt. Die Sozialpartner hätten sich darauf geeinigt, auf Grund der Ertrags- und Marktsituation auf eine generelle Lohnerhöhung per 1. April 2003 zu verzichten, teilte Credit Suisse am Freitag mit. Hingegen stelle die CSG 0,5 Prozent der Lohnsumme für Anpassungen während des Jahres zur Verfügung. Diese Mittel würden insbesondere für individuelle Anpassungen bei Nachwuchskräften und für Einzelfälle verwendet, wo nachweislich eine Anpassung auf Grund der Marktsituation angebracht sei.